

Moskau soll mitarbeiten

Appell des Westens zur Bildung einer Viermächte-Arbeitsgruppe

W. Bonn (Eigenbericht). Am Vorabend der Berliner Sitzung des Bundestages, auf der erneut die Forderung nach der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands erhoben werden soll, haben sich die drei Westmächte in gleichlautenden Noten an die Bundesregierung mit dem Vorschlag des Bundestages, eine Viermächte-Arbeitsgruppe zum Studium der deutschen Frage einzusetzen, einverstanden erklärt. Zur gleichen Zeit haben sie in Noten an die Sowjetregierung erneut ihre Ansicht unterstrichen, daß die vier Großmächte eine gemeinsame Verantwortung für die Regelung der deutschen Frage und für die Wiedervereinigung des gespaltenen Deutschlands tragen.

Die westlichen Antwortnoten, die am Dienstag in Bonn übergeben wurden, begrüßen die Anregung des Bundestags zur Schaffung einer Viermächte-Arbeitsgruppe unumwunden. Sie heben jedoch hervor, daß die Vorbereitungen für eine „Gipfelkonferenz“ seit dem Mai ins Stocken geraten sind. Damals sei von westlicher Seite der Vorschlag gemacht worden, auch die deutsche Frage auf die Tagesordnung eines Treffens der Regierungschefs zu setzen. Aber darauf habe die Sowjetregierung, trotz zweimaliger Mahnungen im Juli und August, bisher nicht geantwortet. In den Noten wird dann die Hoffnung ausgesprochen, daß die Sowjetregierung sich jetzt mit vorbereitenden Besprechungen, wie sie der Bundestag vorgeschlagen hat, einverstanden erklären werde. Gut unterrichtete Kreise in Bonn glauben jedoch aus dem Hinweis auf die stockenden Vierer-Gespräche einen Zweifel herauszuhören, ob der Vorstoß des Bundestages und der Bundesregierung zur richtigen Zeit erfolgt sei.

Von politischer Bedeutung ist in den Noten der Westmächte, daß sie sich indirekt gegen den sowjetischen Vorschlag wenden, die Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages in Angriff zu nehmen. Es heißt in den Noten, die Westmächte seien ständig bemüht gewesen,

für die Bildung einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung zu sorgen, die einen Friedensvertrag abschließen könnte. Solange eine solche Regierung noch nicht entstanden sei, bleibe in Deutschland eine Situation bestehen, in der

Neue sowjetische Atomversuche

Washington/Tokio (dpa). Die Sowjetunion hat nach Mitteilung der amerikanischen Atomenergie-Kommission ihre seit März eingestellten Atomversuche wiederaufgenommen. In einer kurzen Erklärung des amtierenden Vorsitzenden der Atomenergie-Kommission heißt es, die Sowjetunion habe nach den Feststellungen amerikanischer Kontrollstationen zwei Atomwaffen gezündet. Beide Explosionen hätten nördlich des Polarkreises stattgefunden und seien „mäßig bis stark“ gewesen.

Damit hat die Sowjetunion ihre am 31. März einseitig eingestellten Atomversuche wiederaufgenommen, einen Monat bevor in Genf Sachverständige von Ost und West zur Beratung über die Einstellung aller Atomwaffenversuche zusammentreten sollen. Allerdings hatte die Sowjetunion in den letzten Wochen bereits mehrfach angedeutet, daß sie sich angesichts der Fortsetzung der britischen und amerikanischen Versuchsexplosionen von ihrem

ein Teil des deutschen Volkes gezwungen sei, die Unterdrückung durch ein aufgezungenes Regime zu erleiden. „Seit langem werden die Bemühungen um eine Lösung deutscher Fragen durch die sowjetische Weigerung vereitelt, irgendeinem Plan für die Wiedervereinigung zuzustimmen, der die Freiheit des ganzen deutschen Volkes sichern würde. Sobald eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung geschaffen ist, die das deutsche Volk wahrhaft repräsentiert, könnte mit einer solchen Regierung ein Friedensvertrag abgeschlossen werden.“

einseitigen Verzicht entbunden fühle und möglicherweise wieder Explosionen vornehmen werde.

Inzwischen hat Großbritannien seine Erprobungen im Gebiet der Weihnachtsinseln im Pazifik bereits beendet. Auch die amerikanischen Versuche im Pazifik sind abgeschlossen. Lediglich in Nevada läuft gegenwärtig noch eine Serie kleinerer Versuche, die im Laufe des Oktober ebenfalls beendet werden sollen.

Kieler Koalition bleibt

Kiel (ap). Die schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden der CDU und der FDP, Ministerpräsident Kai Uwe von Hassel und Justizminister Dr. Bernhard Leverenz, sind übereingekommen, die CDU-FDP-Koalition in Schleswig-Holstein fortzusetzen. Wie Innenminister Dr. Kurt Lemke (CDU) in einer in Kiel veröffentlichten Presseerklärung bekanntgab, wird diese Vereinbarung noch von den zuständigen Gremien der beiden Parteien geprüft werden.

Gemeinsam

J. B. G. Seit der Bundestag am 2. Juli dieses Jahres einstimmig eine EntschlieÙung zugunsten der Schaffung eines ständigen Vier-Mächte-Gremiums für die deutsche Frage gefaÙt hat, wird in der Öffentlichkeit viel von gemeinsamer Deutschlandpolitik gesprochen. Und sicherlich hat die Einstimmigkeit jenes Beschlusses eine gewisse Hoffnung geweckt, daß die Parteien unbeschadet aller anderen Gegensätze vielleicht doch dazu kommen könnten, in gesamtdeutschen Fragen — so wie es früher einmal der Fall war — stärker das Einende als das Trennende herauszustellen.

Wenn die stärkere Gemeinsamkeit in gesamtdeutschen Fragen erreicht, vertieft und gewahrt werden soll, dann erfordert das bei allen Parteien guten Willen. An ihm soll man nicht zweifeln. Es erfordert aber auch Nüchternheit in den Erwartungen. Die Aufgabe der Wiedervereinigung ist zu komplex und zu kompliziert, als daß mit einer völligen sachlichen Übereinstimmung in der Beurteilung der Situation und der notwendigen Folgerungen einstweilen gerechnet werden könnte. Man macht unter Umständen einen guten Versuch tot, wenn man am Anfang zuviel von ihm erwartet. Die gesamtdeutsche Politik wird bereits ein beachtliches Stück weiter sein, wenn die Parteien in der Erörterung der gesamtdeutschen Fragen, Nöte und Aufgaben sich von dem Willen möglichster Verständigung leiten lassen, und wenn sie nicht mehr polemisch, sondern sachlich miteinander umgehen. Dazu gehört, daß weder gegenüber der Regierung noch zwischen den Parteien die Redlichkeit des gesamtdeutschen Willens bestritten wird.

Die Handlungsfreiheit der Regierung, die schließlich als Regierung die Verantwortung trägt, soll nicht eingeengt werden. Aber gerade weil es um nationale Lebensfragen geht, ist es gut, vor endgültigen Stellungnahmen und neuen Schritten die Meinungen auszutau-

schen und sie der Prüfung des kritischen Gespräches zu unterwerfen. Andererseits ist es nicht notwendig — und diese Mahnung gilt nicht nur, aber doch insbesondere auch für die Parteien —, daß jeder neue Vorgang von gesamtdeutscher Bedeutung gewissermaßen wie aus der Pistole geschossen mit einer mehr oder minder parteioffiziellen Äußerung etikettiert wird. Schnelligkeit ist zwar ein Kennzeichen unserer Zeit. Aber wenn es sich um etwas handelt, was seine besondere Wichtigkeit unter gesamtdeutschen Gesichtspunkten hat oder vielleicht hat, dann ist es keine Schande, mit der Stellungnahme zu warten, um in Ruhe und nach gründlicher Überlegung eine unter Umständen vorsichtig abgewogene Meinung zu sagen.

Wenn das internationale Gespräch über die deutsche Frage ernsthaft in Gang kommt — und das ist das erste Ziel der am 2. Juli begonnenen Bemühungen —, dann wird es, so wie die Dinge liegen, nicht in sensationellen Wendungen verlaufen. Es wird ein sehr mühsames und auf allen Seiten mit äußerster Vorsicht geführtes Gespräch sein. Es sind zu viele Interessen im Spiel, auch berechnete oder wenigstens verständliche Interessen. Alle politischen, militärischen und ökonomischen Positionen, die seit 1945 in und rund um Deutschland auf dem Status des gespaltenen Deutschlands entstanden und geschaffen worden sind, werden verändert werden müssen, wenn durch die Wiedervereinigung Ruhe und Frieden in der Mitte Europas erreicht werden sollen. Mit sensationellen Plänen und Vorstößen wird dabei von deutscher Seite aus nichts zu machen sein.

Der eine deutsche Beitrag wird vielmehr sein müssen, alles bereitwillig zu bedenken und konstruktiv zu beeinflussen, was im Laufe von ernsten Verhandlungen auf den Verhandlungstisch kommt. Ein anderer deutscher Beitrag hat darin zu bestehen, daß immer wieder Impulse an jene Mächte gegeben werden, die

die eigentliche Entscheidung haben. Diese Impulse sind notwendig, weil die Schwere des deutschen Problems die Versuchung in sich birgt, die Arbeit daran hinauszuschieben. Der wirkungsvollste Impuls aber kommt zustande, wenn am Verhalten der deutschen Parteien und des Volkes überhaupt deutlich wird, daß die Wiedervereinigung ein drängendes Problem des ganzen Volkes ist und eben deshalb nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden darf. Das gesamtdeutsche Verlangen in dieser Weise deutlich zu machen, ist insbesondere gegenüber der Sowjetunion notwendig.

Was die Verantwortung der Parteien dabei angeht, so waren es solche Überlegungen, die die Christlich-Demokratische Union Deutschlands veranlaÙt haben, sich auf ihrem Bundesparteitag in Kiel in einer EntschlieÙung für größere Einigkeit in der Arbeit für die Wiedervereinigung auszusprechen. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hat sich dazu mit recht unfreundlicher Kritik geäuÙert, so als ob die CDU nur widerwillig eine Anstandspflicht erfüllt hätte. Darüber braucht hier keine Polemik geführt zu werden. Wer auf dem Parteitag am vergangenen Sonntag in Kiel war, konnte an der betonten Einstimmigkeit und dem begeisterten Beifall der Delegierten sehen, daß hinter der EntschlieÙung echtes Empfinden und wirklicher Wille stehen. Es ist auch kein Geheimnis, daß der Bundeskanzler und Parteivorsitzende selbst in den Vorbereitungen mit am entschiedensten für die Stellungnahme des Parteitages eingetreten ist.

„Größere Einigkeit“ und „mehr Gemeinsamkeit“ sind Forderungen, die sich leicht aussprechen lassen und die der allgemeinen Zustimmung sicher sein können. Die Verwirklichung allerdings ist schwer. Immer wieder werden Gegensätze aufbrechen. Davon darf man sich den Willen nicht schwächen lassen. Das Volk will es, und es will damit etwas Gutes: mehr Einigkeit und Gemeinsamkeit.

Gegen SED-Propaganda

Zwischenfall auf dem Historikerkongreß

Trier. (ap). Der Vorstand des Verbandes der Historiker Deutschlands verwahrte sich zum Schluß der dreitägigen Jahresversammlung in Trier gegen die Versuche sowjetzonaler Teilnehmer, den Kongreß durch SED-Propaganda zu stören. Er wies zugleich den Protest dieser Gruppe wegen angeblicher „Verletzung der Gastfreundschaft“ zurück.

Die sowjetzonale Delegation von 23 Historikern war vor Abschluß des Kongresses abgereist und hatte dies in zwei Schreiben an den Vorstand des Historikerverbandes u. a. damit begründet, daß ihre Mitglieder bereits am Eröffnungstage faktisch von der Teilnahme ausgeschlossen worden seien. Dagegen hätten west-

deutsche Historiker in der Sowjetzone ungehindert sprechen und bisher auch die Archive dort benutzen können.

Der Vorstand des Historikerverbandes erklärte zu dem Schreiben, es erübrige sich, dazu Stellung zu nehmen. Die Haltung des Verbandes hätte kaum kräftiger begründet werden können. Im übrigen sei keineswegs generell sämtlichen Historikern aus der Sowjetzone, deren unerwartetes Erscheinen überrascht habe, in den Diskussionen das Wort verweigert worden. In den Sektionssitzungen hätten vielmehr Mitglieder der sowjetzonalen Delegation versucht, statt zum Thema zu sprechen, „grundsätzliche Erklärungen“ abzugeben.

Wissenschaftler-Flucht hält an

Berlin (Eigenmeldung). Wenige Tage nach der Flucht des Professors an der Bergakademie Freiberg, Dr. Friedrich Leutwein, floh nach Mitteilung des Informationsdienstes West auch der Dozent am Institut für chemische Kohlenveredlung der Akademie, Dr. Hans-Georg Schäfer, in die Bundesrepublik. Mehrere Wissenschaftler der Ostberliner Humboldt-Universität verließen in den letzten Tagen Ostberlin und suchten in Westberlin um politische Notaufnahme nach, u. a. Prof. Dr. Hans Baumann, der Direktor des Instituts für Meliorationswesen, sowie die Assistenten Dr. Hans-Joachim Brosell und Rüdiger Groth. Auch die Flucht von Fachärzten und Ärzten aus der Sowjetzone hält unvermin-

dert an. In Westberlin meldeten sich der Vorsitzende der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Veterinärmedizin in der Sowjetzone, Prof. Fritz Freudenberg, der Chefarzt für Chirurgie und Urologie aus Halle, Dr. Gerd Heinzelmann, sowie der wissenschaftliche Assistent an der Universitäts-Augenklinik in Ostberlin, Dr. med. Johann Karl Homuth.

Der Leiter eines der früher führenden deutschen Buchverlage Rüttgen & Löning, Hermann Lewy (SED), ist nach Mitteilung des Informationsdienstes West nach Westberlin geflüchtet. Der 1884 gegründete Verlag befaßte sich vor allem mit der Herausgabe von Gesellschaftsliteratur.

SED beschlagnahmt Kapelle

„Verwendung für soziale Zwecke“ — Schwestern verurteilt

Berlin (dpa/kna). Auf Anweisung der Sowjetzonenbehörden ist, wie erst jetzt bekannt wird, eine neuerbaute Kapelle der katholischen Kirchengemeinde Kayna im Bezirk Halle Ende Juli geschlossen und der Kirchengemeinde das Betreten des Gotteshauses untersagt worden.

Auf Beschluß der Gemeindeverwaltung Kayna wurde die Kapelle „zur Verwendung für soziale Zwecke“ übernommen. Der Bezirk Halle dagegen hat sich die Entscheidung darüber noch vorbehalten.

Nach Angaben des Berliner „Petrusblattes“ war das Grund-

stück, auf dem die Kapelle errichtet wurde, mit Zustimmung der Gemeindeverwaltung an die Kirchengemeinde verkauft worden. Die kommunalen Behörden hatten die Bauerlaubnis mündlich mit der Zusage erteilt, die schriftliche Bestätigung folgen zu lassen.

Fünf Monate nach der zwangsweisen Schließung des katholischen Kinderheimes St. Joseph in Stralsund wurden zwei der leitenden Schwestern des Heimes vom Kreisgericht Stralsund zu drei bzw. zwei Monaten Gefängnis mit zweijähriger Bewährungsfrist verurteilt. Die Anklage warf den Verurteilten Wirtschaftsvergehen vor, weil die Schwestern das für die Versorgung der Heiminsassen angewiesene Fleischkontingent nicht vollständig verbraucht hatten. Während der Verhandlung wurden keine der bei der Schließung des Heimes erhobenen Anschuldigungen hinsichtlich der Erziehung der Kinder aufrechterhalten. Die SED-Parteizeitung „Neues Deutschland“ hatte die Zwangsräumung des Heimes damit begründet, daß die Kinder gezüchtet worden seien.

FDJ lädt „Falken“-Führer ein

Berlin (ap). Der Zentralrat der sowjetzonalen Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) hat die Führer verschiedener westdeutscher Jugendorganisationen zu einem Besuch in die Sowjetzone eingeladen, „damit sie sich überzeugen können, wie die Jugend der Republik für den Sieg des Sozialismus arbeitet“. Namentlich wurden nach einer Meldung der Sowjetzonen-Nachrichtenagentur adn der Vorsitzende der „Sozialistischen Jugend Deutschlands — die Falken“, Karl-Heinz Prall, der Vorsitzende der „Naturfreundejugend“, Herbert Faller, sowie der Hauptabteilungsleiter und der Bundesjugendsekretär der Gewerkschaftsjugend im DGB, Werner Hansen und Edmund Duda, eingeladen.

Frieden aus Wahrheit

Der Philosoph Karl Jaspers zur Politik in Deutschland

Der diesjährige „Friedenspreis des deutschen Buchhandels“ wurde in der Paulskirche zu Frankfurt in Anwesenheit von Bundespräsident Heuss dem 75jährigen Philosophen, Professor Karl Jaspers, verliehen. Nachstehend veröffentlichten wir eine Zusammenfassung des Festvortrags, in dem sich der Philosoph, dessen Lebenswerk bei der Feierstunde von Prof. Hannah Arendt gewürdigt wurde, kritisch zu dem Thema „Wahrheit, Freiheit und Friede“ äußerte.

Der äußere Frieden ist heute nur möglich als ein Weltfriede, betonte Karl Jaspers zu Beginn seiner Ansprache. In einer Weltlage, in der die großen farbigen Völker durch ihre Menschenzahl und Bodenschätze und ihre fortschreitende Technisierung in wenigen Jahrzehnten dem Abendland überlegen sein werden, sei der äußere Frieden nur in Gemeinschaft mit diesen Völkern und in nur im Umgang mit der totalen Herrschaft möglich. Dieser Friede sei jedoch keine Kampflosigkeit. Aber der Mensch könne den Kampf verwandeln aus gewaltsamem Kampf in den geistigen und in den liebenden Kampf. Statt Überlegenheit im Sieg sei das Ergebnis die gemeinschaftliche Wahrheit.

Der Friede beginne im eigenen Hause, fuhr Jaspers fort. Der Weltfriede beginne mit dem inneren Frieden der Staaten. „Denn die Friedlosigkeit der Innenpolitik macht auch den Frieden in der Außenpolitik unmöglich.“ Die äußere Freiheit eines Staates und innere Freiheit durch seine Regierungsart hätten Bestand durch die existentielle Freiheit der einzelnen Menschen. Äußere politische Freiheit könne auch ein despotischer Staat haben. Eine freie demokratische Verfassung könne auch ein Volk innerlich unfreier Menschen haben. Freiheit beginne als Freiheit des einzelnen.

In der gesamten politisch freien Welt sei die Unwahrheit die größte Gefahr. „Wir dürfen nicht behaupten, daß die sogenannte freie Welt heute wirklich frei ist. Sie hat vor der totalen Herrschaft nur den Vorzug dieser Chance, frei zu werden. Die Idee der Demokratie droht in einer formal werdenden Demokratie verlorenzugehen, die zu einem Mittel von Manipulationen von

Politikern und Wirtschaftsinteressen entartet. Die Idee der Demokratie verlangt die Führung der Staatsmänner mit dem Volke.“

„In Herzen und Köpfen“

Die Demokratie in Deutschland sei nicht geboren aus der Gesinnung eines Befreiungskampfes, sondern im Westen von den Siegern des letzten Krieges verordnet. „Nur wenn wir wissen, daß wir die Demokratie bisher allein als Verfassungsform äußerlich, noch keineswegs als Wirklichkeit der demokratischen Idee innerlich in unseren Herzen und Köpfen haben, ist die Möglichkeit da, daß wir Demokraten werden“, sagte Jaspers. Wenn wir lebten, als ob der Bismarckstaat noch einmal wieder wirklich werden könnte, ließen wir Gespenster das Blut der Gegenwart trinken und uns verhindern, die realen Gefahren und die großen Möglichkeiten der Zukunft zu begreifen. Die Frage des Friedens sei nicht zuerst eine Frage an die Welt, sondern für jeden an sich selbst. Wahrheit könne den deutschen inneren Frieden bringen. Sie könne es verhindern, uns schuldig werden zu lassen an neuen Katastrophen.

Durch soziale Gerechtigkeit

Mit der politischen Selbsterziehung würden die großen Parteien aufhören, Weltanschauungsparteien zu sein. Sie würden auf dem gemeinsamen Boden des Staates republikanischer Regierungsart stehen und das politische Gewissen für die gemeinsamen Bedingungen der Freiheit haben.

„Welch große Aussicht, wenn auf der einen Seite eine Sozialdemokratie, befreit vom Dogma einer marxistischen Weltanschauung, in klarer Vorstellung der Weltlage, die Außenpolitik Adenauers zu der ihren machte, die Wirtschaftspolitik, die das

Wirtschaftswunder ermöglichte, in den Grundzügen akzeptierte, und nun mit dem ganzen Ernst sozialer Gerechtigkeit für die Solidarität des Operierens aller Glieder der Arbeit, nicht für einen Kampf von nicht mehr existierenden Klassen sich einsetzte!“ sagte Jaspers.

„Und wenn man auf der anderen Seite die konservative Partei, befreit von restaurativen Äußerlichkeiten, befreit von der unter konfessionellen Prinzipien unter Ausfall der freien Geistigkeit erfolgenden Ämterpatronage, die sozialistische Prinzipien ihrerseits in den auf konkrete soziale Gerechtigkeit zielenden Grundzügen akzeptierte, aber nun mit dem ganzen Ernst die geistige Überlieferung hütete, sie selber durch die Wirklichkeit ihrer Menschen bezeugt, und wenn sie dem gesamten Volk überzeugend fühlbar machte, daß ohne diese Überlieferung auf dem Grunde der griechisch-römischen Antike und der Bibel die Substanz unseres Wesens verlorengehe!“

Für die Wahrhaftigkeit

Jaspers meinte, daß die politische Erziehung in Deutschland noch kaum in Gang gekommen sei und in der Propaganda von den Wahlterminen vollends verloren scheine.

Auch das gemeinsame Grundwissen von der Herkunft unserer Lage aus dem wilhelminischen Deutschland, über dessen Sturz zur „Demokratie des Kollapses“ und zum Nationalismus verlange Wahrhaftigkeit, betonte Jaspers. „Nur durch bewußte Umkehr der politischen Denkungsart können wir unsere Freiheit gewinnen.“ Viele junge Deutsche zweifelten an der Redlichkeit der Erwachsenen. „Schon der Jugend müßte gezeigt werden, was geschehen ist und daß wir Menschen die Folgen der Handlungen unserer Eltern und Voreltern im Guten wie im Schlimmen übernehmen müssen. Eltern dürften ihre Kinder nicht bewahren wollen vor schrecklichen Kenntnissen. Vergessen verhindert mit der Wahrheit die politische Erziehung.“

Kinder im Arbeitseinsatz

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in der Zone

B. Berlin (Eigenbericht). Viele Besucher aus der Zone waren anlässlich der Deutschen Industrie-Ausstellung in Westberlin. Ihre Frage: „Wann kommt die Wiedervereinigung?“ oder „Was tut ihr für uns?“ oder „Müssen wir denn noch lange aushalten?“ Ihre Antwort: „Wir in der Zone sind es ganz allein, die den zweiten Weltkrieg bezahlen.“ Und zwischen Resignation und Anklage spürt man dennoch die Hoffnung.

LEIPZIG

Eine militante Schau. Feuerwerk, Platzkonzerte, Volkstänze und sportliche Wettkämpfe hatten Tausende auf die Beine gebracht. Es nannte sich „Sommerpartakiade“. Es war aber neben allen Schaukämpfen mehr eine wehrpolitische Demonstration, sie diente laut „Leipziger Volkszeitung“ der Erhöhung der Gefechtsbereitschaft. Aus dem Programm der Sparta-kiade: Militärischer Mehrkampf der Kampfgruppen des Bezirks. Sportschießen KK-Pistole. SED-Großkundgebung auf der Festwiese des Sportforums.

Dozenten im Arbeitseinsatz: Die Dozenten des Instituts für Berufsschullehrerausbildung in Leipzig haben während der Sommerferien 2026 Stunden an der Rapp-Bodetalsperre gehalten.

CHEMNITZ

Rote Nelken an die Betriebsleitung. Einen Strauß roter Nelken überreichten Kinder der Annschule in Chemnitz dem Leiter des VEB Getriebewerkes als Dank dafür, daß sie im Werk arbeiten dürfen. Sie sollen folgende Arbeiten lernen: Revolverdrehen, Spitzendrehen, Abwälzfräsen, Stoßen, Kegelradhobeln, Warmbehandlung, Innenschleifen, Außen- und Flankenschleifen und Abgrate-ri. Eltern der Kinder haben gegen den polytechnischen Unterricht Einspruch erhoben, aber ohne Erfolg. „Der Klassenfeind“, so sagt die SED, „wird den Entwicklungsprozeß im Schulwesen der DDR stören.“

Kartoffeln und Kohlen selbst abholen. Die Transportkapazi-

täten der Transportbetriebe sind erschöpft. Der VEB Altstoffhandel muß zur Kartoffelversorgung herangezogen werden. Aber die Bevölkerung ist aufgerufen, sich von den Hauptverteilungsstellen die Kartoffeln und die Winterkohlen selbst abzuholen. Das sei eine „patriotische Tat“.

Aber im Hotel „Carola“ gibt es mittwochs, donnerstags und freitags ein Wild- und Geflügelessen.

WUSTERMARK

Kinder im Arbeitseinsatz. Die Schüler der Grundschule Wustermark-Elstal müssen im polytechnischen Unterricht auf dem Verschiebebahnhof Wustermark arbeiten. Sie müssen dort bei der Verladung von Stückgütern helfen und Be- und Entladungen durchführen. Die Güter wiegen oft $\frac{1}{2}$ bis 1 Zentner. Die Eltern haben gegen diesen polytechnischen Unterricht mit dem Hinweis protestiert „... und es ist doch Kinderarbeit“. Den protestierenden Eltern wurde erklärt, daß diese Art des polytechnischen Unterrichts, den Kindern die beste Möglichkeit gibt, die im Unterricht gelernten Gesetze wie z. B. von der schiefen Ebene und vom Flaschenzug kennenzulernen.

Kontrollen und neue Buslinien gegen Westberlin-Reisen. An den Übergangsstellen von der Zone nach Westberlin werden besonders Bewohner der Randgebiete kontrolliert. Die Vopo weist sie darauf hin, daß sie nicht mehr durch Westberlin zu fahren brauchen, weil neue Buslinien rings um Berlin den Nahverkehr entlasten. Sie wurden eingerichtet, um die Reise durch Westberlin zu verhindern.

HALLE

Wahlversammlung an der Weingärterschule Halle: 97 Prozent aller Schüler müssen in der Pionierorganisation sein, 96 Prozent der Schüler nehmen an der Jugendweihe teil. Die Arbeiter- und Bauernkinder

müssen besonders gefördert werden. Weil unter den Sitzbleibern noch viele Arbeiterkinder sind, hätten die Lehrer den Sinn der Förderung der Arbeiter- und Bauernklasse nicht erkannt. Die Vorbehalte der Eltern gegen die Einführung des polytechnischen Unterrichts aber seien „Argumente“ der Westsender.

Pankow befestigt „Staatsgrenze West“

W. Bonn (Eigenbericht). Die Grenzpolizei der Sowjetzone ist seit einiger Zeit damit beschäftigt, die Zonengrenze noch dichter abzuschließen, um die sogenannte „Republikflucht“ nach Westdeutschland zu unterbinden. Nach in Bonn vorliegenden Informationen werden neue Wachtürme gebaut, Schlagbäume errichtet und die teilweise verfallenen Holzzäune an der Grenze durch neue mit Betonsäulen ersetzt. Hinter dem Zaun an der Zonengrenze wird an vielen Stellen in einer Entfernung von teils 20, teils bis zu 150 Metern ein zweiter Zaun errichtet. Außerdem werden innerhalb der Fünfkilometerzone hinter der Zonengrenze vielfach an Straßen und Wegen Schlagbäume aufgestellt, um jedes durchfahrende Fahrzeug schon in einiger Entfernung von der Zonengrenze zu kontrollieren.

Hand in Hand mit diesen Maßnahmen geht eine Verhärtung der Abtrennung von Westdeutschland auch in der amtlichen Sprache. Man spricht seit einiger Zeit in der Sowjetzone nicht mehr von einer Demarkationslinie, sondern die Zonengrenze wird offiziell als „Staatsgrenze West“ bezeichnet.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2.

Deutsche Frage vor dem Bundestag

Fraktion über gemeinsame Entschließung einig

Berlin (ap). Der Deutsche Bundestag hat am Mittwochmittag um 14 Uhr in Berlin seine Sitzungsperiode 1958/59 mit einer Debatte über das Schicksal der Deutschen in der Sowjetzone und das Flüchtlingsproblem eröffnet. Die erste Sitzung, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt das Deutschlandproblem steht, wurde eingeleitet durch eine gemeinsame Große Anfrage der Fraktionen an die Bundesregierung zur Lage in der Sowjetzone, zur Situation der Flüchtlinge und zur Frage der Wiedervereinigung. Diese Anfrage wurde vom SPD-Abgeordneten Wehner, dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche Fragen, begründet und vom Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, für die Regierung beantwortet.

Nach Vereinbarung des Ältestenrates sprach anschließend je ein Vertreter der Fraktionen, und zwar für die CDU Dr. Grall, für die SPD an Stelle des erkälten Erich Ollenhauer der Abgeordnete Carlo Schmid, für die FDP Dr. Mende und für die DP Herbert Schneider.

SPD zieht Antrag zurück

Die SPD-Fraktion war am Dienstag überraschend mit dem Antrag an die Öffentlichkeit getreten, ein „Amt für innerdeutsche Regelungen“ zu errichten, das die entsprechenden Amtsstellen für Interzonenhandel, Verkehr, Justiz und Post zusammenfassen, Vorschläge zur Regelung innerdeutscher Fragen unterbreiten und von einem Vorsitzenden im Ministerrang geleitet werden sollte, ohne daß dieser der Regierung angehört. Auf Grund einer Reihe von Einwänden verfassungsrechtlicher und technischer Art, die von den anderen Fraktionen erhoben wurden, teilte die SPD jedoch später mit, sie werde ihren Antrag zurückstellen und erst in Bonn formell einbringen. Carlo Schmid will jedoch bereits in seiner Rede am Mittwoch die Grundzüge dieses Planes erläutern.

Adenauer eingetroffen

Im Verlauf der Debatte wird voraussichtlich auch Bundeskanzler Adenauer das Wort ergreifen, der am Dienstagvormittag planmäßig auf dem Flughafen Tempelhof eintraf. Er wurde dort vom Regierenden Bürgermeister Brandt, von Parlamentspräsident Henneberg, Bürgermeister Amrehn sowie von einem Vertreter des noch nicht völlig wiederhergestellten Bundesbevollmächtigten Dr. Vockel herzlich begrüßt. Adenauer sprach die Hoffnung aus, daß die Sitzung des Bundestages in Berlin dem Ziele der deutschen Wiedervereinigung dienlich sein werde. Im weiteren Verlauf des Tages gab der Kanzler vor der CDU-Fraktion einen ausführlichen politischen Lagebericht und nahm an einem Empfang teil, den der Berliner Senat für die Bundesregierung und den Bundestag gab. Als Gäste sah man auch Bundestagspräsident Gerstenmaier, die Mitglieder des Bundeskabinetts, die Fraktionsvorsitzenden des Bundestages und zahlreiche Ehrengäste. Gerstenmaier suchte am Abend den

Regierenden Bürgermeister Brandt zu einer Besprechung auf, bei der allgemeine, die Entwicklung Berlins angehende Fragen sowie der Fortgang der Wiederherstellungsarbeiten am Reichstagsgebäude erörtert wurden. Anschließend erklärte Gerstenmaier, der Aufbau der Ruine solle „zügig“ erfolgen. Einen entsprechenden Beschluß hat das Bundestagspräsidium gefaßt.

Besprechungen über Berlin-Hilfe

Die Sorgen und Nöte Berlins wird auch Bundeskanzler Adenauer, wie angekündigt, mit den Mitgliedern des Senats in einer gemeinsamen Sitzung erörtern. Bei seinem Eintreffen äußerte Adenauer die Hoffnung, daß man eine Lösung der bestehenden Probleme finden werde. Bei seinem jetzigen Besuch in der Viersektorenstadt wolle er zugleich jene Besprechungen nachholen, die ursprünglich für den Sommer geplant waren und dann wegen der internationalen Krise hatten abgesagt werden müssen.

Neue DRK-Suchaktion

München (dpa). Das Deutsche Rote Kreuz hat damit begonnen, in einem letzten entscheidenden Anlauf noch einmal möglichst viele Schicksale der rund 1,2 Millionen vermißten deutschen Soldaten zu klären. Jeder registrierte Heimkehrer wird vom Deutschen Roten Kreuz Listen mit Namen und Bildern jener Vermißten erhalten, die einmal in seiner Einheit gedient haben. Die Befragung wird mehr als zwei Jahre dauern.

SPD und Bundeswehr

Bonn (dpa). Die SPD trägt unausweichlich die Mitverantwortung dafür, daß sich die Bundeswehr als demokratische Einrichtung in die Ordnung der Bundesrepublik eingliedert und keiner Partei dienstbar wird. Dies erklärte der Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Bundestag, Dr. Arndt, in einem Artikel

des sozialdemokratischen „Vorwärts“. Arndt erinnert daran, daß auch Kurt Schumacher der Überzeugung war, daß das Ringen um die deutsche Demokratie allein dann von Erfolg gekrönt sein werde, wenn es gelinge, eine Entfremdung zwischen Soldaten und Arbeiter zu vermeiden, wie sie die Weimarer Republik belastet habe.

Menschenraub in Berlin?

Berlin (dpa). Mitten in Westberlin hat sich am Dienstagabend vermutlich ein frecher Menschenraub ereignet. Eine Zeugin alarmierte gegen 23 Uhr die Polizei, weil sie nach ihren Aussagen am Stuttgarter Platz in Charlottenburg einen schwarzen Volkswagen beobachtete, der mit überhöhter Geschwindigkeit in Richtung Wilmersdorfer Straße an ihr vorbeiraste. Ein Mann hing halb aus diesem Wagen heraus und schrie gellend um Hilfe. Sofort wurde Großalarm gegeben.

Selbstbestimmung für die Zone!

Kuratoriums-Tagung beendet — Gefahr der Müdigkeit

Berlin. (Eigenmeldung/dpa).

Das Selbstbestimmungsrecht auch für die Deutschen in der Sowjetzone forderte das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ in einer Entschliebung, die am Ende seiner dreitägigen Berliner Jahreskonferenz angenommen wurde. Das Kuratorium stimmte in der Entschliebung dem Appell mitteldeutscher Landsleute zu, auch die Vereinten Nationen zur Förderung der Lösung der deutschen Frage aufzufordern.

In einer weiteren Entschliebung wandte sich das Kuratorium „an die Mächte in Ost und West“, den politischen Gefangenen die Freiheit zu geben. Außerdem forderte es den beschleunigten Ausbau des Reichstagsgebäudes in Berlin und eine Verbesserung der sozialen Betreuung der Flüchtlinge in den Berliner Lagern unter Mithilfe der Städte, Gemeinden und freien Wohlfahrtsverbände.

Zuvor hatte der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Kiesinger, der über das

„Deutschlandbild im Westen“ sprach, die deutschen Politiker aufgefordert, sich trotz mancher Meinungsverschiedenheiten über die Methoden der Wiedervereinigung darauf zu besinnen, in wie vielen Punkten sie sich einig seien. Auch müsse das schwere Schicksal der Menschen in Mitteleuropa noch viel stärker in das Bewußtsein Westdeutschlands gerückt werden. Nur so könne der Gefahr einer Müdigkeit gegenüber dieser wichtigsten Frage im deutschen Volke begegnet werden.

Über das Deutschlandbild, wie es die asiatischen Völker hätten, referierte der ehemalige Botschafter in Indien und jetziger Bundestagsabgeordneter, Prof. Meyer. In Asien, so erklärte er, sei die Frage der deutschen Einheit bisher auf Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Bestrebungen im deutschen Volk und seiner Regierung gestoßen. Diesen Zweifel könne man nur durch das klare Bekenntnis entgegenwirken, wobei eine selbständige politische Haltung der Deutschen auch in anderen weltpolitischen Problemen erarbeitet werden müsse.

sollte. Ein Beauftragter des Ministeriums für Staatssicherheit war kürzlich bei ihm erschienen und hatte ihn aufgefordert, sich zu regelmäßigen Lieferungen von Berichten über Gespräche und Äußerungen seiner Kunden zu verpflichten, zu denen auch zahlreiche Geistliche aus der Zone zählten. Vor seiner Flucht hat Weiss sämtliche Unterlagen über seinen Kundenkreis sichergestellt bzw. vernichtet. Er rechnet mit der Möglichkeit, daß die Buchhandlung unter alten Namen, aber unter einer vom SED-Regime unauffällig eingesetzten neuen Leitung fortgeführt wird.

Gefängnis für „Fluchtvorbereitung“

Wegen „Vorbereitung zur Republikflucht“ verurteilte das Kreisgericht Leipzig den Leiter der Abteilung Energieversorgung des volkseigenen Leipziger Eisen- und Stahlwerkes, Robert Ballhaus, zu acht Monaten Gefängnis. Ballhaus gehörte seit 1946 der SED an und wurde seither fünfmal als „Aktivist“ ausgezeichnet.

Gomulka klagt Kirche an

Warschau (ap). Der polnische Parteisekretär Gomulka hat die Katholische Kirche Polens der „offenen Auflehnung“ gegen sein Regime beschuldigt. In einer Rede vor Parteiaktivisten erklärte Gomulka, die polnische Regierung habe nicht die Absicht, das im Dezember 1956 geschlossene Abkommen mit der Kirche zu kündigen oder aufzuheben oder den freiwilligen Religionsunterricht in den Laienschulen zu unterbinden. Er verlange aber vom polnischen Episkopat, daß die Kruzifixe in den Laienschulen sofort abgenommen und damit der Laiencharakter dieser Schulen wiederhergestellt werde. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kündigte Gomulka eine Erziehungsreform an, die auf den Erfahrungen der Sowjetunion fußen werde. Hauptaufgabe der Reform sei die soziale Umerziehung und der Aufbau des Sozialismus in Polen.

Schnüffelbogen an Studenten

Ost-Universität fragt nach Verwandten im Bundesgebiet

Berlin (dpa). Das Protektorat für Studienangelegenheiten an der Ostberliner Humboldt-Universität hat jetzt an alle Studenten einen „Zusatzfragebogen zur Rückmeldung“ ausgegeben, in dem neben der Anschrift und den Arbeitsstellen der Eltern und Geschwister besonders nach Verwandten ersten Grades in der Bundesrepublik oder dem Ausland gefragt wird. Wie der Untersuchungsausschuß freier Juristen berichtet, wird im einzelnen gefragt, seit wann sich solche Verwandten in der Bundesrepublik oder im Ausland aufhalten und welche Tätigkeit sie ausüben.

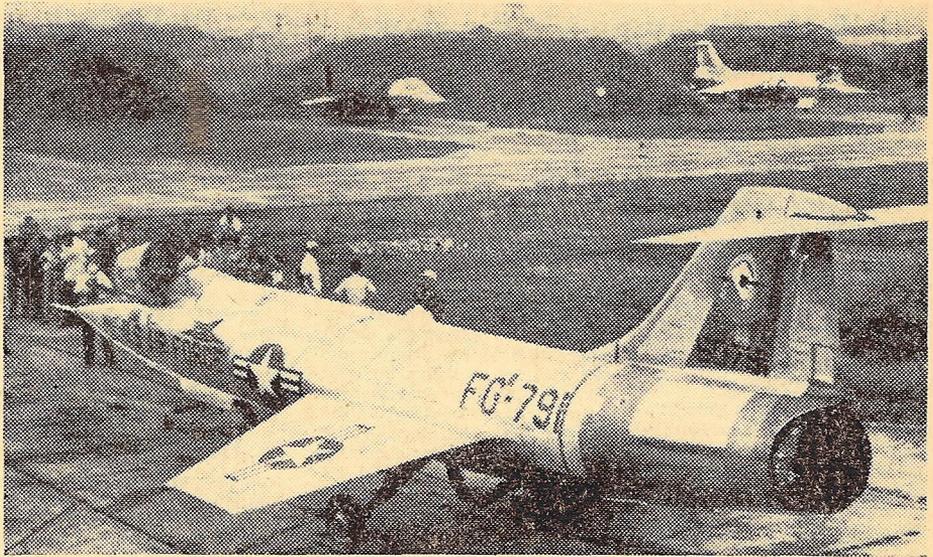
Außerdem müssen die Studenten angeben, ob sie jemals in der Bundesrepublik oder im Ausland waren. Neben genauen Zeitangaben verlangt der Fragebogen auch Auskunft, weshalb derartige Reisen vorgekommen

worden sind und ob bei Aufenthalt in Westdeutschland oder im Ausland eine Tätigkeit ausgeübt wurde. Der Student muß bescheinigen, daß jedes Verschweigen einer Veränderung, die sich gegenüber den bei der Studienbewerbung ausgefüllten Fragebogen und diesen neuen Zusatzfragen ergibt, Disziplinarmaßnahmen nach sich ziehen kann.

Buchhändler sollte die Kunden bespitzeln

T. Berlin. (Eigenmeldung).

Der Inhaber der einzigen namhaften katholischen Buchhandlung in Ostberlin, Walter Weiss ist in der vergangenen Woche nach dem Westen geflüchtet, weil er vom SSD zu Spitzeldiensten gegenüber seinen Kunden gezwungen werden



BILDER DER WOCHE. Oben: Aus Einzelteilen werden die amerikanischen „Starfighter“-Düsenjäger auf Formosa montiert. Unser Bild zeigt den fertigen Überschalljäger auf einem Flugplatz der Insel. — Unten: Eine der modernsten Brücken in Deutschland wurde jetzt dem Verkehr übergeben. Die 363 Meter lange Brücke überquert das Nahetal bei Bingen.

